

Bundesgesetzblatt²⁹⁷

Teil II

G 1998

2016

Ausgegeben zu Bonn am 23. März 2016

Nr. 8

Tag	Inhalt	Seite
16. 3. 2016	Gesetz zu dem Abkommen vom 14. November 2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Zusammenarbeit im Bereich des Eisenbahnverkehrs über die deutsch-polnische Staatsgrenze GESTA: XJ011	298
16. 2. 2016	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch	315
17. 2. 2016	Bekanntmachung der deutsch-myanmarischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	319
24. 2. 2016	Bekanntmachung des deutsch-kosovarischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	322
25. 2. 2016	Bekanntmachung des deutsch-palästinensischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit und Entwicklungszusammenarbeit	325
8. 3. 2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels	328

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 14. November 2012
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die Zusammenarbeit im Bereich des Eisenbahnverkehrs
über die deutsch-polnische Staatsgrenze**

Vom 16. März 2016

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 14. November 2012 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Zusammenarbeit im Bereich des Eisenbahnverkehrs über die deutsch-polnische Staatsgrenze wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird ermächtigt, Änderungen der Anlagen 1 und 2 des Abkommens gemäß Artikel 15 des Abkommens durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 Absatz 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 16. März 2016

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Verkehr und digitale Infrastruktur
A. Dobrindt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die Zusammenarbeit im Bereich des Eisenbahnverkehrs
über die deutsch-polnische Staatsgrenze

Umowa
między Republiką Federalną Niemiec
a Rzeczpospolitą Polską
o współpracy w dziedzinie komunikacji kolejowej
przez polsko-niemiecką granicę państwową

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Polen,
im Weiteren „Vertragsparteien“ genannt –

Republika Federalna Niemiec
i
Rzeczpospolita Polska
zwane dalej „Umawiającymi się Stronami”,

in Übereinstimmung mit dem am 17. Juni 1991 in Bonn unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit,

in dem Bestreben, den Eisenbahnverkehr über die deutsch-polnische Staatsgrenze weiter zu verbessern,

mit dem Ziel, den Anteil des nachhaltigen Eisenbahnverkehrs an den Personen- und Güterbeförderungen zu steigern,

in dem Wunsch, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit im Bereich des Eisenbahnverkehrs zu intensivieren, insbesondere bei der Standardisierung und Interoperabilität der Eisenbahn, mit dem Ziel einer bestmöglichen Nutzung der Möglichkeiten, die das jeweilige innerstaatliche Recht und das Recht der Europäischen Union der Entwicklung des Eisenbahnverkehrs in Europa bieten,

in Anbetracht dessen, einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Integration im Bereich des Eisenbahnverkehrs in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu leisten,

unter Berücksichtigung der Grundsätze des internationalen Eisenbahnrechts –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Ziel des Abkommens

(1) Jede Vertragspartei wird in Übereinstimmung mit den Vorschriften des innerstaatlichen Rechts der jeweiligen Vertragspartei und des Rechts der Europäischen Union die erforderlichen Maßnahmen zur Erleichterung des Eisenbahnverkehrs über die gemeinsame Staatsgrenze treffen.

(2) Die Vertragsparteien vereinbaren, dass sie im Rahmen der vorhandenen finanziellen Mittel gemeinsam abgestimmte Maßnahmen zur Erhöhung der Qualität des Eisenbahnverkehrs über die gemeinsame Staatsgrenze ergreifen werden.

dieselbe Übereinstimmung mit dem am 17. Juni 1991 in Bonn unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, und

in dem Bestreben, den Eisenbahnverkehr über die deutsch-polnische Staatsgrenze weiter zu verbessern,

mit dem Ziel, den Anteil des nachhaltigen Eisenbahnverkehrs an den Personen- und Güterbeförderungen zu steigern,

in dem Wunsch, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit im Bereich des Eisenbahnverkehrs zu intensivieren, insbesondere bei der Standardisierung und Interoperabilität der Eisenbahn, mit dem Ziel einer bestmöglichen Nutzung der Möglichkeiten, die das jeweilige innerstaatliche Recht und das Recht der Europäischen Union der Entwicklung des Eisenbahnverkehrs in Europa bieten,

in Anbetracht dessen, einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Integration im Bereich des Eisenbahnverkehrs in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu leisten,

unter Berücksichtigung der Grundsätze des internationalen Eisenbahnrechts –

sind wie folgt übereingekommen:

Artykuł 1

Cel Umowy

1. Każda z Umawiających się Stron będzie podejmować niezbędne działania dla ułatwienia komunikacji kolejowej przez wspólną granicę państwową, zgodnie z przepisami prawa wewnętrznego danej Umawiającej się Strony i prawa Unii Europejskiej.

2. Umawiające się Strony uzgadniają, że w ramach posiadanych środków finansowych będą podejmować wspólnie uzgodnione działania, mające na celu podniesienie jakości komunikacji kolejowej przez wspólną granicę państwową.

Artikel 2**Gegenstand des Abkommens**

(1) Zur Verwirklichung der im Artikel 1 dieses Abkommens genannten Ziele vereinbaren die Vertragsparteien folgende Grundsätze der Zusammenarbeit:

- a) die Förderung von Maßnahmen, die das Ziel von Verfahrens-erleichterungen zur Durchführung des Eisenbahnverkehrs über die gemeinsame Staatsgrenze haben,
- b) die Förderung und Verstärkung der Zusammenarbeit aller am Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze Beteiligten,
- c) die Ermöglichung des erleichterten Durchgangsverkehrs.

(2) Dieses Abkommen findet keine Anwendung für den Eisenbahnverkehr auf dem Streckenabschnitt zwischen der deutsch-polnischen Staatsgrenze und der polnisch-tschechischen Staatsgrenze der Strecke Zittau–Grottau (Hradek nad Nisou).

(3) Die Vertragsparteien stellen fest, dass das am 25. November 1971 in Warschau unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehrs mit Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 erloschen ist.

Artikel 3**Begriffsbestimmungen**

Im Sinne dieses Abkommens haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

- a) „Eisenbahnaufsichtsbehörden“ Behörden der staatlichen Verwaltung, die zur Überwachung der Sicherheit des Eisenbahnverkehrs, Untersuchung von Eisenbahnunfällen, Aufsicht über den Betrieb und die Unterhaltung von Eisenbahnstrecken, Aufsicht über den Betrieb von Schienenfahrzeugen sowie als Kontrollbehörde zur Erteilung von Genehmigungen und zur Regulierung des Zugangs zur Eisenbahninfrastruktur gemäß Artikel 30 der Richtlinie 2001/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2001 über die Zuweisung von Fahrwegkapazität der Eisenbahn, die Erhebung von Entgelten für die Nutzung von Eisenbahninfrastruktur und die Sicherheitsbescheinigungen eingerichtet wurden,
- b) „Eisenbahnunternehmen“ wie definiert in Artikel 2 Buchstabe k der Richtlinie 2001/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2001 über die Zuweisung von Fahrwegkapazität der Eisenbahn, die Erhebung von Entgelten für die Nutzung von Eisenbahninfrastruktur und die Sicherheitsbescheinigung: Jedes nach geltendem Gemeinschaftsrecht zugelassene öffentlich-rechtliche oder private Unternehmen, dessen Haupttätigkeit im Erbringen von Eisenbahnverkehrsleistungen zur Beförderung von Gütern und/oder Personen besteht, wobei dieses Unternehmen die Traktion sicherstellen muss; dies schließt auch Unternehmen ein, die ausschließlich die Traktionsleistung erbringen,
- c) „Betreiber der Infrastruktur“ wie definiert in Artikel 2 Buchstabe h der Richtlinie 2001/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2001 über die Zuweisung von Fahrwegkapazität der Eisenbahn, die Erhebung von Entgelten für die Nutzung von Eisenbahninfrastruktur und die Sicherheitsbescheinigung: Eine Einrichtung oder ein Unternehmen, die beziehungsweise das insbesondere für die Einrichtung und Unterhaltung der Fahrwege der Eisenbahn zuständig ist. Dies kann auch den Betrieb der Steuerungs- und Sicherheitssysteme der Fahrwege einschließen. Mit den bei einem Netz oder einem Teilnetz wahrzunehmenden Aufgaben des Betreibers der Infrastruktur können verschiedene Einrichtungen oder Unternehmen betraut werden,

Artykuł 2**Przedmiot Umowy**

1. Dla realizacji celów wymienionych w artykule 1 niniejszej Umowy Umawiające się Strony uzgadniają następujące zasady współpracy:

- a) wspieranie działań mających na celu ułatwienia proceduralne dla realizacji komunikacji kolejowej przez wspólną granicę państwową,
- b) wspieranie i wzmocnienie współpracy wszystkich uczestników komunikacji kolejowej przez wspólną granicę państwową,
- c) umożliwienie tranzytu uprzywilejowanego.

2. Umowa niniejsza nie ma zastosowania do komunikacji kolejowej na odcinku między polsko-niemiecką granicą państwową a polsko-czeską granicą państwową linii Zittau - Hradek nad Nisou.

3. Umawiające się Strony stwierdzają, że Umowa między Rządem Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej a Rządem Niemieckiej Republiki Demokratycznej o współpracy w dziedzinie komunikacji kolejowej przez granicę państwową, podpisana w Warszawie dnia 25 listopada 1971 r., wygasła z chwilą zjednoczenia Niemiec dnia 3 października 1990 r.

Artykuł 3**Definicje**

W rozumieniu niniejszej Umowy następujące pojęcia oznaczają:

- a) „organy nadzoru kolejowego” – organy administracji państwowej, które zostały powołane w celu nadzoru nad bezpieczeństwem ruchu kolejowego, badania wypadków kolejowych, sprawowania nadzoru nad eksploatacją i utrzymaniem linii kolejowych, nadzoru nad eksploatacją pojazdów kolejowych, oraz pełniące rolę organu kontrolnego w zakresie licencjonowania i regulacji dostępu do infrastruktury kolejowej, zgodnie z artykułem 30 dyrektywy 2001/14/WE Parlamentu Europejskiego i Rady z dnia 26 lutego 2001 roku w sprawie alokacji zdolności przepustowej infrastruktury kolejowej i pobierania opłat za użytkowanie infrastruktury kolejowej oraz przyznawania świadectw bezpieczeństwa,
- b) „przedsiębiorstwo kolejowe” – zgodnie z definicją w artykule 2 litera k dyrektywy 2001/14/WE Parlamentu Europejskiego i Rady z dnia 26 lutego 2001 roku w sprawie alokacji zdolności przepustowej infrastruktury kolejowej i pobierania opłat za użytkowanie infrastruktury kolejowej oraz przyznawanie świadectw bezpieczeństwa: każde przedsiębiorstwo publiczne lub prywatne, koncesjonowane zgodnie ze stosowanym ustawodawstwem Wspólnoty, którego działalność podstawowa polega na świadczeniu usług w przewozie rzeczy i/lub osób koleją, przy wymaganiu, że to przedsiębiorstwo musi zapewnić trakcję; obejmuje to także przedsiębiorstwa, które zajmują się tylko zapewnianiem trakcji,
- c) „zarządca infrastruktury” – zgodnie z definicją w artykule 2 litera h dyrektywy 2001/14/WE Parlamentu Europejskiego i Rady z dnia 26 lutego 2001 roku w sprawie alokacji zdolności przepustowej infrastruktury kolejowej i pobierania opłat za użytkowanie infrastruktury kolejowej oraz przyznawanie świadectw bezpieczeństwa: każdy organ lub przedsiębiorstwo, które jest odpowiedzialne w szczególności za założenie i utrzymywanie infrastruktury kolejowej. Może to również obejmować zarządzanie systemami sterowania i bezpieczeństwa infrastruktury. Funkcje zarządcy infrastruktury na sieci lub części sieci mogą być przydzielone różnym organom lub przedsiębiorstwom,

- d) „Systemwechselbahnhöfe“ die durch die Vertragsparteien in den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien zur Durchführung des Eisenbahnverkehrs mit internationaler, regionaler oder lokaler Bedeutung über die gemeinsame Staatsgrenze festgelegten Bahnhöfe, auf oder zwischen denen ein Wechsel eines der rechtlichen, technischen oder betrieblichen Systeme erfolgt,
- e) „Grenzbetriebsstrecke“ den Streckenabschnitt zwischen den durch die Vertragsparteien festgelegten Systemwechselbahnhöfen, auf dem Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze durchgeführt wird. Die Grenzbetriebsstrecke umfasst auch die Systemwechselbahnhöfe,
- f) „Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze“ den Eisenbahnverkehr über die deutsch-polnische Staatsgrenze, den Eisenbahnunternehmen auf der Grundlage von Genehmigungen sowie anderen Bescheinigungen und Zulassungen nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht der Vertragsparteien, dem Recht der Europäischen Union sowie anderen diesbezüglichen Vorschriften des internationalen Rechts durchführen,
- g) „erleichterter Durchgangsverkehr“ Eisenbahnverkehr auf einer die deutsch-polnische Staatsgrenze überschreitenden Eisenbahnstrecke zwischen Bahnhöfen, die im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei liegen, wobei der Durchgangsverkehr auf einem bestimmten Abschnitt dieser Strecke über das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei stattfindet. Der Eisenbahnverkehr wird dabei nach erleichterten Bedingungen im Vergleich zu den allgemeinen Zulassungsregeln zum Eisenbahnverkehr der Vertragspartei, über deren Hoheitsgebiet der Durchgangsverkehr erfolgt, durchgeführt, ohne dass ein Wechsel des Eisenbahnsystems in rechtlicher, technischer und betrieblicher Hinsicht erforderlich ist.
- d) „stationen zmiany systemu“ – ustalone przez Umawiającą się Stronę stacje na terytoriach Umawiających się Stron dla realizacji komunikacji kolejowej o znaczeniu międzynarodowym, regionalnym lub lokalnym przez wspólną granicę państwową, na których lub pomiędzy którymi następuje zmiana jednego z systemów: prawnego, technicznego lub eksploatacyjnego,
- e) „odcinek eksploatowany w ruchu granicznym“ – odcinek pomiędzy ustalonymi przez Umawiającą się Stronę stacjami zmiany systemu, na którym realizowana jest komunikacja kolejowa przez wspólną granicę państwową. Odcinek eksploatowany w ruchu granicznym obejmuje również stacje zmiany systemu,
- f) „przewozy kolejowe przez wspólną granicę państwową“ – komunikacja kolejowa przez polsko-niemiecką granicę państwową realizowana przez przedsiębiorstwa kolejowe na podstawie licencji oraz innych certyfikatów i dopuszczzeń zgodnie z prawem wewnętrznym Umawiających się Stron, prawem Unii Europejskiej oraz innymi odpowiednimi przepisami prawa międzynarodowego,
- g) „przejazd uprzywilejowany“ – komunikacja kolejowa na linii kolejowej przekraczającej polsko-niemiecką granicę państwową pomiędzy stacjami leżącymi na terytorium jednej Umawiającej się Strony, przy czym na określonym odcinku tej linii odbywa się przejazd tranzytowy przez terytorium drugiej Umawiającej się Strony. Komunikacja kolejowa realizowana jest przy tym na warunkach uproszczonych w stosunku do ogólnych zasad dopuszczenia do ruchu kolejowego tej Umawiającej się Strony, przez które terytorium odbywa się tranzyt, bez potrzeby zmiany systemu kolejowego pod względem prawnym, technicznym i eksploatacyjnym.

Artikel 4

Zusammenarbeit der Eisenbahnaufsichtsbehörden

(1) Für die Aufsicht über den Eisenbahnverkehr und die Regulierung des Zugangs zur Eisenbahninfrastruktur im Sinne dieses Abkommens sind zuständig:

- a) der für Fragen des Eisenbahnverkehrs in der Republik Polen zuständige Minister, bei dem die unabhängige ständige Staatliche Kommission zur Untersuchung von Eisenbahnunfällen eingerichtet ist,
- b) das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung für die Untersuchung gefährlicher Ereignisse im Eisenbahnbetrieb in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn diese Aufgabe in die Zuständigkeit des Eisenbahn-Bundesamtes oder der Behörden zur Untersuchung von Eisenbahnunfällen der Bundesländer fällt, stellt das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung das Benehmen mit diesen Behörden her,
- c) der Präsident des Eisenbahnverkehrsamtes in der Republik Polen,
- d) das Eisenbahn-Bundesamt und die Bundesnetzagentur in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn die Eisenbahnaufsicht in die Zuständigkeit der Bundesländer fällt, stellt das Eisenbahn-Bundesamt das Benehmen mit den betroffenen Behörden der Bundesländer her.

(2) Die Eisenbahnaufsichtsbehörden vertiefen die Zusammenarbeit zur Förderung des Eisenbahnverkehrs über die gemeinsame Staatsgrenze und des erleichterten Durchgangsverkehrs. Die Eisenbahnaufsichtsbehörden tauschen Daten, Informationen und Entscheidungsgrundsätze aus. Diese Zusammenarbeit betrifft im Besonderen:

- a) die Durchführung von Untersuchungen bei Eisenbahnunfällen und Störungen des Eisenbahnverkehrs sowie die Erarbeitung von Maßnahmen zu deren Vermeidung,

Artykuł 4

Współpraca organów nadzoru kolejowego

1. W zakresie nadzoru nad ruchem kolejowym i regulacji dostępu do infrastruktury kolejowej w rozumieniu niniejszej Umowy właściwi są:

- a) minister właściwy do spraw transportu kolejowego w Rzeczypospolitej Polskiej, przy którym działa niezależna stała Państwowa Komisja Badania Wypadków Kolejowych,
- b) Federalne Ministerstwo Transportu, Budownictwa i Rozwoju Miast w zakresie badania niebezpiecznych wydarzeń w ruchu kolejowym w Republice Federalnej Niemiec. Jeżeli zadanie to leży w zakresie właściwości Federalnego Urzędu Kolejowego lub organów badania wypadków kolejowych krajów związkowych, Federalne Ministerstwo Transportu, Budownictwa i Rozwoju Miast porozumiewa się z tymi organami,
- c) Prezes Urzędu Transportu Kolejowego w Rzeczypospolitej Polskiej,
- d) Federalny Urząd Kolejowy i Federalna Agencja Sieci w Republice Federalnej Niemiec. Jeżeli nadzór kolejowy leży w zakresie właściwości krajów związkowych, Federalny Urząd Kolejowy porozumiewa się z zainteresowanymi organami krajów związkowych.

2. Organy nadzoru kolejowego pogłębiają współpracę mając na celu wspieranie przewozów kolejowych przez wspólną granicę państwową i tranzytu uprzywilejowanego. Organy nadzoru kolejowego wymieniają dane, informacje i zasady podejmowania decyzji. Współpraca ta dotyczy w szczególności:

- a) prowadzenia badań wypadków kolejowych i innych zakłóceń ruchu kolejowego oraz opracowania środków w celu zapobiegania im,

- b) Fragestellungen im Rahmen der Eisenbahnaufsicht über den Betrieb und die Unterhaltung der Eisenbahninfrastrukturen sowie der Schienenfahrzeuge,
- c) Fragestellungen im Zusammenhang mit der Erteilung von Genehmigungen gemäß der Richtlinie 95/18/EG des Rates vom 19. Juni 1995 über die Erteilung von Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen oder eines diese Richtlinie ergänzenden oder ersetzenden Rechtsakts,
- d) Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit des Eisenbahnverkehrs, insbesondere bei der Erteilung von Sicherheitsbescheinigungen an Eisenbahnunternehmen auf der Grundlage der Vorschriften des innerstaatlichen Rechts der jeweiligen Vertragspartei sowie gemäß der Richtlinie 2004/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über Eisenbahnsicherheit in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 95/18/EG des Rates über die Erteilung von Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen und der Richtlinie 2001/14/EG über die Zuweisung von Fahrwegkapazität der Eisenbahn, die Erhebung von Entgelten für die Nutzung von Eisenbahninfrastruktur und die Sicherheitsbescheinigung oder eines diese Richtlinie ergänzenden oder ersetzenden Rechtsakts,
- e) Maßnahmen im Bereich der Interoperabilität der Eisenbahnsysteme auf der Grundlage des innerstaatlichen Rechts der jeweiligen Vertragspartei sowie des Rechts der Europäischen Union,
- f) zusätzliche Maßnahmen zur Erleichterung des Eisenbahnverkehrs durch eine gegenseitige Anerkennung der Zulassung von Schienenfahrzeugen, der Fahrerlaubnisse für Triebfahrzeugführer und der Befähigungen des sonstigen Eisenbahnpersonals,
- g) die Aufsicht über den diskriminierungsfreien Zugang zu der Eisenbahninfrastruktur im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei,
- h) Schutz der Fahrgastrechte und Durchsetzung der Vorschriften gemäß Artikel 30 und 31 der Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr.
- b) zagadnień występujących w ramach nadzoru kolejowego nad eksploatacją oraz utrzymaniem infrastruktury kolejowych i pojazdów kolejowych,
- c) zagadnień związanych z udzielaniem licencji zgodnie z dyrektywą Rady 95/18/WE z dnia 19 czerwca 1995 roku w sprawie wydawania licencji przedsiębiorstwom kolejowym lub innym aktem prawnym uzupełniającym lub zastępującym tę dyrektywę,
- d) działań mających na celu poprawę bezpieczeństwa ruchu kolejowego, w szczególności przy udzielaniu certyfikatów bezpieczeństwa przedsiębiorstwom kolejowym na podstawie przepisów prawa wewnętrznego każdej z Umawiających się Stron oraz zgodnie z dyrektywą Parlamentu Europejskiego i Rady 2004/49/WE z dnia 29 kwietnia 2004 roku w sprawie bezpieczeństwa kolei wspólnotowych oraz zmieniająca dyrektywę Rady 95/18/WE w sprawie przyznawania licencji przedsiębiorstwom kolejowym, oraz dyrektywę 2001/14/WE w sprawie alokacji zdolności przepustowej infrastruktury kolejowej i pobierania opłat za użytkowanie infrastruktury kolejowej oraz certyfikację w zakresie bezpieczeństwa lub innym aktem prawnym uzupełniającym lub zastępującym tę dyrektywę,
- e) działań w zakresie interoperacyjności systemów kolejowych na podstawie prawa wewnętrznego każdej z Umawiających się Stron oraz prawa Unii Europejskiej,
- f) dodatkowych działań mających na celu ułatwienie przewozów kolejowych poprzez wzajemne uznawanie dopuszczenia pojazdów kolejowych, licencji maszynistów pojazdów trakcyjnych i kwalifikacji innych pracowników kolejowych,
- g) nadzoru nad wolnym od dyskryminacji dostępem do infrastruktury kolejowej na terytorium każdej z Umawiających się Stron,
- h) ochrony praw pasażera i egzekwowania przepisów zgodnie z artykułami 30 i 31 rozporządzenia (WE) nr 1371/2007 Parlamentu Europejskiego i Rady z dnia 23 października 2007 roku dotyczącego praw i obowiązków pasażerów w ruchu kolejowym.

Artikel 5

Zusammenarbeit im Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze mit regionaler und lokaler Bedeutung

Hinsichtlich der Regelung der Einzelheiten der Zusammenarbeit im Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze mit regionaler und lokaler Bedeutung schließen die zuständigen Stellen der Vertragsparteien entsprechende Vereinbarungen gemäß den in der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates festgelegten Grundsätzen oder eines diese Verordnung ergänzenden oder ersetzenden Rechtsakts.

Artikel 6

Zusammenarbeit der Betreiber der Infrastruktur

Die Betreiber der Infrastruktur im jeweiligen Hoheitsgebiet der Vertragsparteien können Vereinbarungen zur Durchführung des Eisenbahnverkehrs über die gemeinsame Staatsgrenze schließen, insbesondere über:

- a) die Ermöglichung der Interoperabilität der Eisenbahnsysteme und die bestmögliche Verbindung der Eisenbahnnetze und -strecken an der gemeinsamen Staatsgrenze,
- b) die Zusammenarbeit bei der Vergabe von Zugtrassen unter Berücksichtigung der Erleichterungen des Eisenbahnverkehrs über die gemeinsame Staatsgrenze und des erleichterten Durchgangsverkehrs,

Artykuł 5

Współpraca w przewozach kolejowych o znaczeniu regionalnym i lokalnym przez wspólną granicę państwową

Właściwe jednostki Umawiających się Stron zawierają odpowiednie porozumienia odnośnie regulacji szczegółów współpracy w przewozach kolejowych o znaczeniu regionalnym i lokalnym przez wspólną granicę państwową zgodnie z zasadami określonymi w rozporządzeniu (WE) nr 1370/2007 Parlamentu Europejskiego i Rady z dnia 23 października 2007 roku dotyczącym usług publicznych w zakresie kolejowego i drogowego transportu pasażerskiego oraz uchylającym rozporządzenia Rady (EWG) nr 1191/69 i (EWG) nr 1107/70 lub w innym akcie prawnym uzupełniającym lub zastępującym to rozporządzenie.

Artykuł 6

Współpraca zarządców infrastruktury

Zarządcy infrastruktury działający na terytorium każdej z Umawiających się Stron mogą zawierać porozumienia w celu realizacji ruchu kolejowego przez wspólną granicę państwową, dotyczące w szczególności:

- a) umożliwienia interoperacyjności systemów kolejowych oraz możliwie najlepszego połączenia sieci i linii kolejowych na wspólnej granicy państwowej,
- b) współpracy w zakresie przyznawania tras dla pociągów, mając na względzie ułatwienia w przewozach kolejowych przez wspólną granicę państwową i w transycie uprzywilejowanym,

- c) die detaillierten Grundsätze des Betriebs auf den Grenzbetriebsstrecken und im erleichterten Durchgangsverkehr einschließlich gemeinsamer Vorschläge zur Festlegung der Systemwechselbahnhöfe,
- d) die Vorgehensweise bei Eisenbahnunfällen und anderen Störungen des Eisenbahnverkehrs.

Artikel 7

Zusammenarbeit der Eisenbahnunternehmen

(1) In Übereinstimmung mit den geltenden Vorschriften des innerstaatlichen Rechts der jeweiligen Vertragspartei und des Rechts der Europäischen Union können Eisenbahnunternehmen Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze mit internationaler, regionaler oder lokaler Bedeutung durchführen.

(2) Die Eisenbahnunternehmen können zusätzliche Vereinbarungen zur Durchführung der Bestimmungen dieses Abkommens treffen, insbesondere über:

- a) die Zusammenarbeit bei der Durchführung und Erleichterung des Eisenbahnverkehrs über die gemeinsame Staatsgrenze mit internationaler, regionaler oder lokaler Bedeutung,
- b) die detaillierten Grundsätze der Vorgehensweise bei Eisenbahnunfällen und anderen Störungen im Eisenbahnverkehr,
- c) die detaillierten Grundsätze der Zusammenarbeit auf den Grenzbetriebsstrecken.

Artikel 8

Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze

(1) Der Eisenbahnverkehr über die gemeinsame Staatsgrenze wird auf der Grundlage des in der Anlage 1 dieses Abkommens festgelegten Verzeichnisses der Grenzbetriebsstrecken unter Einhaltung des Rechts der Europäischen Union durchgeführt.

(2) Darüber hinaus vereinbaren die Vertragsparteien die Möglichkeit der Durchführung des Eisenbahnverkehrs auf den Grenzbetriebsstrecken auf der Grundlage des innerstaatlichen Rechts der jeweils anderen Vertragspartei unter Berücksichtigung der technischen und betrieblichen Erfordernisse der Betreiber der Infrastruktur.

Artikel 9

Erleichterter Durchgangsverkehr

(1) Im erleichterten Durchgangsverkehr wird das Recht der Vertragspartei angewandt, in deren Hoheitsgebiet die Beförderung beginnt und endet. Diese Bestimmung berührt nicht das jeweils geltende innerstaatliche Steuerrecht der Vertragsparteien und das Abkommen vom 14. Mai 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen in seiner jeweils geltenden Fassung, oder ein dieses Abkommen ergänzendes oder ersetzendes Abkommen.

(2) Der erleichterte Durchgangsverkehr wird auf den in der Anlage 2 dieses Abkommens festgelegten Abschnitten der Eisenbahnstrecken durchgeführt.

(3) Jede Vertragspartei kann nach vorheriger schriftlicher Unterrichtung der anderen Vertragspartei den erleichterten Durchgangsverkehr zeitweise insgesamt oder teilweise einstellen, wenn dies die Sicherheit des Eisenbahnverkehrs erfordert. In dringenden Fällen ist die mündliche Unterrichtung der anderen Vertragspartei zulässig, die die mitteilende Vertragspartei zusätzlich umgehend in schriftlicher Form bestätigt.

(4) Die detaillierten Grundsätze des erleichterten Durchgangsverkehrs können in einer Vereinbarung zwischen den zuständigen Betreibern der Infrastruktur festgelegt werden.

- c) spezifischen zasad eksploatacji na odcinkach eksploatowanych w ruchu granicznym i w tranzycie uprzywilejowanym, w tym wspólnych propozycji ustalenia stacji zmiany systemu,
- d) postępowania w przypadku wypadków kolejowych i innych zakłóceń ruchu kolejowego.

Artykuł 7

Współpraca przedsiębiorstw kolejowych

1. Zgodnie z obowiązującymi przepisami prawa wewnętrznego danej Umawiającej się Strony oraz prawa Unii Europejskiej przedsiębiorstwa kolejowe mogą wykonywać przewozy kolejowe o znaczeniu międzynarodowym, regionalnym lub lokalnym przez wspólną granicę państwową.

2. Przedsiębiorstwa kolejowe mogą zawierać dodatkowe porozumienia w celu realizacji postanowień niniejszej Umowy, w szczególności w sprawach:

- a) dotyczących współpracy w zakresie realizacji i ułatwienia przewozów o znaczeniu międzynarodowym, regionalnym lub lokalnym przez wspólną granicę państwową,
- b) szczegółowych zasad postępowania w przypadku wypadków kolejowych i innych zakłóceń ruchu kolejowego,
- c) szczegółowych zasad współpracy na odcinkach eksploatowanych w ruchu granicznym.

Artykuł 8

Przewozy kolejowe przez wspólną granicę państwową

1. Przewozy kolejowe przez wspólną granicę państwową na odcinkach eksploatowanych w ruchu granicznym określonych w wykazie przedstawionym w Załączniku 1 do niniejszej Umowy są realizowane z zachowaniem prawa Unii Europejskiej.

2. Na odcinkach eksploatowanych w ruchu granicznym Umawiające się Strony uzgadniają ponadto możliwość realizacji przewozów kolejowych na podstawie prawa wewnętrznego drugiej z Umawiających się Stron z uwzględnieniem wymogów technicznych i eksploatacyjnych zarządców infrastruktury.

Artykuł 9

Tranzyt uprzywilejowany

1. W tranzycie uprzywilejowanym stosuje się prawo tej Umawiającej się Strony, na której terytorium rozpoczyna się i kończy przewóz. Niniejsze postanowienie nie narusza obowiązującego wewnętrznego prawa podatkowego Umawiających się Stron oraz Umowy między Rzeczpospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec w sprawie unikania podwójnego opodatkowania w zakresie podatków od dochodu i od majątku podpisanej w Berlinie dnia 14 maja 2003 roku zgodnie z jej aktualnie obowiązującym brzmieniem lub umowy uzupełniającej albo zastępującej tę umowę.

2. Tranzyt uprzywilejowany odbywa się na odcinkach linii kolejowych określonych w Załączniku 2 do niniejszej Umowy.

3. Każda Umawiająca się Strona po uprzednim pisemnym poinformowaniu drugiej Umawiającej się Strony może okresowo całkowicie lub częściowo wstrzymać tranzyt uprzywilejowany, jeśli wymaga tego bezpieczeństwo ruchu kolejowego. W nagłych przypadkach dopuszcza się ustne powiadomienie drugiej Umawiającej się Strony, które Strona powiadamiająca dodatkowo niezwłocznie potwierdza w formie pisemnej.

4. Szczegółowe zasady dotyczące tranzytu uprzywilejowanego mogą być określone w porozumieniu zawartym między właściwymi zarządcami infrastruktury.

Artikel 10**Vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen**

Im Falle der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen nach Maßgabe der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) oder eines diese Verordnung ergänzenden oder ersetzenden Rechtsaktes gelten folgende Grundsätze:

- a) Die Aufenthaltszeit der Züge in den Systemwechselbahnhöfen legen die Eisenbahnunternehmen und die Betreiber der Infrastruktur unter Berücksichtigung der Erfordernisse, die für die Durchführung der Grenzabfertigung benötigt werden, fest.
- b) Sofern ein Grenzübergangszwang angeordnet ist, ist es den Reisenden im erleichterten Durchgangsverkehr nicht gestattet, ein- und auszusteigen. Die Eisenbahnunternehmen sind verpflichtet, Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot entgegenzuwirken. Bei Nichteinhaltung des Verbotes sind die zuständigen Grenzbehörden umgehend zu verständigen.
- c) Hat ein Zug im erleichterten Durchgangsverkehr einen unvorhergesehenen Halt, so ist das Eisenbahnunternehmen verpflichtet, umgehend die zuständigen Grenzbehörden zu informieren.

Artikel 11**Aufenthalt und Rücknahme von natürlichen Personen, die Dienstleistungen im Eisenbahnverkehr erbringen oder von Mitarbeitern der Eisenbahnunternehmen und der Betreiber der Infrastruktur**

Für den Aufenthalt natürlicher Personen, die Dienstleistungen im Eisenbahnverkehr erbringen oder die Mitarbeiter der Eisenbahnunternehmen und der Betreiber der Infrastruktur sind, finden das im Hoheitsgebiet der zuständigen Vertragspartei geltende Aufenthaltsrecht sowie die Bestimmungen des Übereinkommens zwischen den Regierungen des Königreiches Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreiches der Niederlande und der Republik Polen betreffend die Rücknahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt vom 29. März 1991 Anwendung.

Artikel 12**Datenschutz**

Unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts jeder Vertragspartei erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Weiteren Daten genannt, im Rahmen dieses Abkommens nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

- a) Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- b) Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.
- c) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zur Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen

Artykuł 10**Tymczasowe przywrócenie kontroli granicznych**

W przypadku tymczasowego przywrócenia kontroli granicznych zgodnie z rozporządzeniem (WE) nr 562/2006 Parlamentu Europejskiego i Rady z dnia 15 marca 2006 roku ustanawiającym wspólnotowy kodeks zasad regulujących przepływ osób przez granice (kodeks graniczny Schengen) lub innym aktem prawnym uzupełniającym lub zastępującym to rozporządzenie przyjmuje się następujące zasady:

- a) czas postoju pociągów na stacjach zmiany systemu ustalają przedsiębiorstwa kolejowe i zarządcy infrastruktury z uwzględnieniem wymogów niezbędnych dla dokonania odprawy granicznej,
- b) o ile zarządzane jest wprowadzenie przejść granicznych, w transycie uprzywilejowanym niedozwolone jest wsiadanie i wysiadanie podróżnych. Przedsiębiorstwa kolejowe są zobowiązane przeciwdziałać naruszaniu tego zakazu. W przypadku nie przestrzegania tego zakazu należy niezwłocznie poinformować właściwe organy graniczne,
- c) jeśli pociąg w transycie uprzywilejowanym ma nieprzewidziany postój, wówczas przedsiębiorstwo kolejowe jest zobowiązane niezwłocznie poinformować właściwe organy graniczne.

Artykuł 11**Pobyt i przyjęcie z powrotem osób fizycznych świadczących usługi w przewozach kolejowych lub będących pracownikami przedsiębiorstw kolejowych i zarządców infrastruktury**

Do pobytu osób fizycznych świadczących usługi w przewozach kolejowych lub będących pracownikami przedsiębiorstw kolejowych i zarządców infrastruktury stosuje się prawo pobytu obowiązujące na terytorium właściwej Umawiającej się Strony oraz postanowienia Porozumienia między Rządami Rzeczypospolitej Polskiej, Królestwa Belgii, Republiki Federalnej Niemiec, Republiki Francuskiej, Republiki Włoskiej, Wielkiego Księstwa Luksemburga i Królestwa Holandii o przyjmowaniu osób przebywających bez zezwolenia, sporządzonego w Brukseli dnia 29 marca 1991 roku.

Artykuł 12**Ochrona danych osobowych**

Przekazywanie i wykorzystanie danych osobowych, zwanych dalej danymi, w ramach niniejszej Umowy odbywa się z uwzględnieniem prawa wewnętrznego każdej z Umawiających się Stron, zgodnie z następującymi postanowieniami:

- a) jednostka otrzymująca dane informuje na wniosek jednostkę przekazującą drugiej Umawiającej się Stronie o wykorzystaniu przekazanych danych i o osiągniętych w związku z tym wynikach;
- b) wykorzystanie danych przez jednostkę otrzymującą dozwolone jest tylko do celów określonych w niniejszej Umowie i na warunkach podanych przez jednostkę przekazującą. Ponadto ich wykorzystanie dozwolone jest dla zapobiegania poważnym przestępstwom i dla ich ścigania oraz w celu obrony przed poważnymi zagrożeniami bezpieczeństwa publicznego;
- c) jednostka przekazująca ma obowiązek zwracać uwagę na prawidłowość przekazywanych danych oraz konieczność i współmierność odpowiednio do zamierzonego celu ich przekazania. Należy przy tym uwzględniać zakazy przekazywania danych obowiązujące zgodnie z odpowiednim prawem wewnętrznym. Nie przekazuje się danych, gdy jednostka przekazująca ma podstawy przypuszczać, że byłoby to sprzeczne z celem prawa wewnętrznego lub naruszyłoby chronione interesy zainteresowanych osób. W wypadku przekazania nie-

Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Daten unverzüglich zu berichtigen oder zu löschen.

- d) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen auf Auskunftserteilung nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- e) Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung der Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- f) Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass jede Übermittlung und jeder Empfang der Daten aktenkundig gemacht wird.
- g) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 13

Gemeinsame Arbeitsgruppe

(1) Es wird eine deutsch-polnische Gemeinsame Arbeitsgruppe eingerichtet, deren Aufgabe es insbesondere ist, Fragen zur Auslegung und Anwendung dieses Abkommens zu klären sowie Vorschläge zur Änderung dieses Abkommens und seiner Anlagen zu unterbreiten.

(2) Die Gemeinsame Arbeitsgruppe besteht aus zwei Vorsitzenden, die von den für den Verkehr zuständigen Ministern der Vertragsparteien benannt werden. Bei Bedarf kann jeder der Vorsitzenden Vertreter der zuständigen Behörden, der Betreiber der Infrastruktur und der Eisenbahnunternehmen sowie andere Experten zur Sitzung der Gemeinsamen Arbeitsgruppe einladen.

(3) Jeder Vorsitzende der Gemeinsamen Arbeitsgruppe kann eine Sitzung einberufen, indem er einen Antrag an den anderen Vorsitzenden stellt. Die Sitzung soll innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags stattfinden.

(4) Die Gemeinsame Arbeitsgruppe trifft Entscheidungen einvernehmlich.

Artikel 14

Lösung von Meinungsverschiedenheiten

(1) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch die Gemeinsame Arbeitsgruppe nach Artikel 13 gelöst.

(2) Wird ein Einvernehmen nach Absatz 1 nicht erreicht, wird die Meinungsverschiedenheit auf diplomatischem Weg gelöst.

Artikel 15

Änderungen der Anlagen

Anlage 1 und Anlage 2 dieses Abkommens können im Wege einer schriftlichen Vereinbarung der für den Verkehr zuständigen Minister der Vertragsparteien geändert werden.

weltlicher Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Daten unverzüglich zu berichtigen oder zu löschen;

- d) na wniosek zainteresowanej osoby należy ją poinformować o posiadanych danych, które jej dotyczą, oraz o przewidywanym celu ich wykorzystania. Można odmówić udzielenia takiej informacji, jeśli interes państwowy związany z nieudzieleniem informacji przeważa nad interesem wnioskodawcy. Poza tym prawo zainteresowanej osoby do otrzymania informacji zgodne jest z prawem wewnętrznym tej Umawiającej się Strony, na której terytorium składa się wniosek o informację;
- e) jednostka przekazująca, przy przekazywaniu danych, podaje przewidziane w prawie wewnętrznym terminy ich przechowywania, po upływie których muszą one być usunięte. Niezależnie od tych terminów należy usunąć przekazane dane, gdy nie są już potrzebne do celu, dla którego zostały przekazane;
- f) jednostka przekazująca i jednostka otrzymująca zapewniają zarejestrowanie każdego przekazania i każdego otrzymania danych;
- g) jednostka przekazująca i jednostka otrzymująca mają obowiązek chronić skutecznie przekazane dane przed nieuprawnionym dostępem, nieuprawnioną zmianą i nieuprawnionym podaniem do wiadomości.

Artykuł 13

Wspólna Grupa Robocza

1. Tworzy się polsko-niemiecką Wspólną Grupę Roboczą, której zadaniem jest w szczególności wyjaśnianie kwestii związanych z interpretacją i stosowaniem niniejszej Umowy oraz przedstawianie propozycji zmian niniejszej Umowy i jej Załączników.

2. Wspólna Grupa Robocza składa się z dwóch przewodniczących wyznaczonych odpowiednio przez ministrów właściwych do spraw transportu Umawiających się Stron. W razie potrzeby każdy z przewodniczących może zapraszać na posiedzenie Wspólnej Grupy Roboczej przedstawicieli właściwych organów, zarządców infrastruktury i przedsiębiorstw kolejowych oraz innych ekspertów.

3. Każdy z przewodniczących Wspólnej Grupy Roboczej może zwołać posiedzenie składając wniosek do drugiego przewodniczącego. Posiedzenie powinno odbyć się w ciągu miesiąca od otrzymania wniosku.

4. Wspólna Grupa Robocza podejmuje decyzje w drodze porozumienia.

Artykuł 14

Rozstrzyganie sporów

1. Spory dotyczące interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy będą rozstrzygane przez Wspólną Grupę Roboczą, o której mowa w artykule 13.

2. W przypadku, gdy postępowanie zgodne z ustępem 1 nie doprowadzi do porozumienia, spór będzie rozstrzygany na drodze dyplomatycznej.

Artykuł 15

Zmiany Załączników

Załącznik 1 i Załącznik 2 do niniejszej Umowy mogą być zmienione w drodze pisemnego porozumienia ministrów właściwych do spraw transportu Umawiających się Stron.

Artikel 16**Inkrafttreten und Geltungsdauer des Abkommens**

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann im Wege der Notifikation von jeder Vertragspartei gekündigt werden. In diesem Fall tritt das Abkommen nach Ablauf von zwölf Monaten ab dem Tag des Erhalts der Kündigungsnotiz durch die andere Vertragspartei außer Kraft.

Geschehen zu Berlin am 14. November 2012 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artykuł 16**Wejście w życie i okres obowiązywania Umowy**

1. Umowa niniejsza wejdzie w życie w dniu, w którym Umawiające się Strony powiadomią się w drodze wymiany not, że spełnione zostały wymogi wewnętrzne niezbędne dla jej wejścia w życie. Decyduje dzień otrzymania ostatniej noty.

2. Umowa niniejsza zawarta jest na czas nieokreślony. Może być wypowiedziana w drodze notyfikacji przez każdą z Umawiających się Stron. W takim przypadku Umowa utraci moc po upływie dwunastu miesięcy od dnia otrzymania przez drugą Umawiającą się Stronę noty wypowiedzającej.

Sporządzono w Berlinie dnia 14 listopada 2012 roku, w dwóch egzemplarzach, każdy w językach polskim i niemieckim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republiki Federalnej Niemiec

Cornelia Pieper
Peter Ramsauer

Für die Republik Polen
W imieniu Rzeczypospolitej Polskiej

Sławomir Nowak

Anlage 1
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die Zusammenarbeit im Bereich des Eisenbahnverkehrs
über die deutsch-polnische Staatsgrenze

Verzeichnis der Grenzbetriebsstrecken zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen gemäß Artikel 8 Absatz 1:

Grenzbetriebsstrecken (zwischen den Systemwechselbahnhöfen)			
Hoheitsgebiet			
der Bundesrepublik Deutschland DE:		der Republik Polen PL:	
Systemwechsel- bahnhof (km) [Strecken-Nr.]	Staatsgrenze		Systemwechsel- bahnhof (km) [Strecken-Nr.]
	DE:	PL:	
	(km) [Strecken-Nr.]	(km) [Strecken-Nr.]	
(1) Strecke Ahlbeck – Swinemünde (Świnoujście)			
Die Strecke Ahlbeck – Staatsgrenze – Swinemünde (Świnoujście) ist nicht mit dem Eisenbahnnetz der Republik Polen verbunden und ist für den lokalen Personenverkehr im Bereich der Insel Usedom vorgesehen.			
(2) Strecke Löcknitz – Stettin (Szczecin)			
Löcknitz (DE: km 25,395) [DE: Nr. 6327]	(DE: km 13,194) [DE: Nr. 6327]	(PL: km 13,194) [PL: Nr. 408]	Stettin Hauptbahn- hof (Szczecin Główny) (nur Personen- verkehr) (PL: km 355,764) [PL: Nr. 273]
Löcknitz (DE: km 25,395) [DE: Nr. 6327]	(DE: km 13,194) [DE: Nr. 6327]	(PL: km 13,194) [PL: Nr. 408]	Stettin Scheune (Szczecin Gumieńce) (PL: km 4,045) [PL: Nr. 408]
(3) Strecke Tantow – Stettin (Szczecin)			
Tantow (DE: km 110,095) [DE: Nr. 6328]	(DE: km 119,585) [DE: Nr. 6328]	(PL: km 10,069) [PL: Nr. 409]	Stettin Hauptbahn- hof (Szczecin Główny) (nur Personen- verkehr) (PL: km 355,764) [PL: Nr. 273]
Tantow (DE: km 110,095) [DE: Nr. 6328]	(DE: km 119,585) [DE: Nr. 6328]	(PL: km 10,069) [PL: Nr. 409]	Stettin Scheune (Szczecin Gumieńce) (PL: km 1,119) [PL: Nr. 851]
(4) Strecke Küstrin-Kietz – Küstrin (Kostrzyn)			
Küstrin-Kietz (DE: km 79,951) [DE: Nr. 6078]	(DE: km 82,856) [DE: Nr. 6078]	(PL: km 342,453) [PL: Nr. 203]	Küstrin (Kostrzyn) (PL: km 338,748) [PL: Nr. 203]

(5) Strecke Frankfurt (Oder) – Reppen (Rzepin)			
Frankfurt (Oder) Personenbahnhof (DE: km 82,180) (DE: km 82,235) (DE: km 151,660) (DE: km 80,105) (DE: km 130,071) [DE: Nr. 6155]	(DE: km 3,942) [DE: Nr. 6155]	(PL: km 478,098) [PL: Nr. 3]	Reppen (Rzepin) (PL: km 460,120) [PL: Nr. 3] (PL: km 4,962) [PL: Nr. 821]
Oderbrücke (DE: km 1,660) (DE: km 1,626) [DE: Nr. 6155]	(DE: km 3,942) [DE: Nr. 6155]	(PL: km 478,098) [PL: Nr. 3]	Reppen (Rzepin) (PL: km 460,120) [PL: Nr. 3] (PL: km 4,962) (PL: Nr. 821)
(6) Strecke Guben – Guben (Gubin)			
Guben (DE: km 127,760) (DE: km 210,414) [DE: Nr. 6206]	(DE: km 1,640) [DE: Nr. 6206]	(PL: km 94,257) [PL: Nr. 358]	Guben (Gubin) (PL: km 92,009) [PL: Nr. 358]
(7) Strecke Forst – Teuplitz (Tuplice)			
Forst (DE: km 20,872) [DE: Nr. 6205]	(DE: km 23,720) [DE: Nr. 6205]	(PL: km 389,080) [PL: Nr. 14]	Teuplitz (Tuplice) (PL: km 373,848) [PL: Nr. 14]
(8) Strecke Horka – Kohlfurt (Węglińiec)			
Horka Güterbahnhof (DE: km 22,190) (DE: km 0,275) [DE: Nr. 6207]	(DE: km 13,424) [DE: Nr. 6207]	(PL: km 13,424) [PL: Nr. 295]	Kohlfurt (Węglińiec) (PL: km 0,522) [PL: Nr. 295]
(9) Strecke Görlitz – Görlitz-Moys (Zgorzelec)			
Görlitz (DE: km 1,575) (DE: km 208,480) (DE: km 206,956) [DE: Nr. 6211]	(DE: km 251,770) [DE: Nr. 6211]	(PL: km 202,535) [PL: Nr. 274]	Görlitz-Moys (Zgorzelec) (PL: km 200,970) [PL: Nr. 274] (PL: km 26,100) (PL: Nr. 278)

Bezeichnungen:

(DE: km ...) Kilometrierung (lt. DB Netz AG) im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland

(PL: km ...) Kilometrierung (lt. PKP PLK S.A.) im Hoheitsgebiet der Republik Polen

(DE: Nr. ...) Strecken-Nr. (lt. DB Netz AG) im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland

(PL: Nr. ...) Strecken-Nr. (lt. PKP PLK S.A.) im Hoheitsgebiet der Republik Polen

Anlage 2
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die Zusammenarbeit im Bereich des Eisenbahnverkehrs
über die deutsch-polnische Staatsgrenze

Verzeichnis der Abschnitte der Eisenbahnstrecken des erleichterten Durchgangsverkehrs
gemäß Artikel 9 Absatz 2:

Durchgangsstrecke zwischen den Bahnhöfen	Streckenabschnitt	Hoheitsgebiet
(km) [Strecken-Nr.]	(ab km ... bis km ...) [Strecken-Nr.]	DE – Bundesrepublik Deutschland PL – Republik Polen
Hagenwerder – (DE: km 23,6) [DE: Nr. 6589]	Hagenwerder – (DE: km 23,6) – Staatsgrenze (DE: km 20,958) [DE: Nr. 6589] (Gesamtabschnitt: DE: km 23,6–20,958)	DE
	– Staatsgrenze (PL: km 0,689) [PL: Nr. 324] – Bahnhof Reutnitz (Ręczyn) (Abzweig) (PL: km 0,000/km 14,400) [PL: Nr. 324/Nr. 290] – Bahnhof Ostritz (Krzewina Zgorzelecka) (PL: km 17,5) [PL: Nr. 290] – Staatsgrenze (PL: km 24,674) [PL: Nr. 290] (Gesamtabschnitt: PL: km 0,689–0,000 / km 14,400–24,674)	PL
	– Staatsgrenze (DE: km 10,027) [DE: Nr. 6589] – Bereich Rosenthal – Staatsgrenze (DE: km 9,768) [DE: Nr. 6589] (Gesamtabschnitt: DE: km 10,027–9,768)	DE
	– Staatsgrenze (PL: km 24,930) [PL: Nr. 786] – Rohnau (Trzciniec Zgorzelecki) (Abzweigstelle) (PL: km 26,100/km 0,000) [PL: Nr. 786/Nr. 348] – Staatsgrenze (PL: km 0,200) [PL: Nr. 348] (Gesamtabschnitt: PL: km 24,930–26,100 / km 0,000–0,200)	PL

– Hirschfelde (DE: km 7,1) [DE: Nr. 6589]	– Staatsgrenze (DE: km 8,377) [DE: Nr. 6589] – Hirschfelde (DE: km 7,100) [DE: Nr. 6589] (Gesamtabschnitt: DE: km 8,377–7,100)	DE
---	---	----

Bezeichnungen:

(DE: km ...) Kilometrierung (lt. DB Netz AG) im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland

(PL: km ...) Kilometrierung (lt. PKP PLK S.A.) im Hoheitsgebiet der Republik Polen

(DE: Nr. ...) Strecken-Nr. (lt. DB Netz AG) im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland

(PL: Nr. ...) Strecken-Nr. (lt. PKP PLK S.A.) im Hoheitsgebiet der Republik Polen

Załącznik 1
do Umowy
między Republiką Federalną Niemiec
a Rzeczpospolitą Polską
o współpracy w dziedzinie komunikacji kolejowej
przez polsko-niemiecką granicę państwową

Wykaz odcinków eksploatowanych w ruchu granicznym między Rzeczpospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec zgodnie z artykułem 8 ustęp 1:

Odcinki eksploatowane w ruchu granicznym (między stacjami zmiany systemu)			
Terytorium państwowe			
Rzeczypospolitej Polskiej PL:		Republiki Federalnej Niemiec DE:	
Stacja zmiany systemu	Granica państwa		Stacja zmiany systemu
	PL:	DE:	
(km) [Nr linii]	(km) [Nr linii]	(km) [Nr linii]	(km) [Nr linii]
1) Odcinek Świnoujście – Ahlbeck			
Odcinek Świnoujście – granica państwa – Ahlbeck nie jest połączony z siecią kolejową Rzeczypospolitej Polskiej i jest przeznaczony dla lokalnego ruchu pasażerskiego w obrębie Wyspy Uznam.			
2) Odcinki Szczecin – Löcknitz			
Szczecin Główny (wyłącznie dla ruchu pasażerskiego) (PL: km 355,764) [PL: Nr 273]	(PL: km 13,194) [PL: Nr 408]	(DE: km 13,194) [DE: Nr 6327]	Löcknitz (DE: km 25,395) [DE: Nr 6327]
Szczecin Gumieńce (PL: km 4,045) [PL: Nr 408]	(PL: km 13,194) [PL: Nr 408]	(DE: km 13,194) [DE: Nr 6327]	Löcknitz (DE: km 25,395) [DE: Nr 6327]
3) Odcinki Szczecin – Tantow			
Szczecin Główny (wyłącznie dla ruchu pasażerskiego) (PL: km 355,764) [PL: Nr 273]	(PL: km 10,069) [PL: Nr 409]	(DE: km 119,585) [DE: Nr 6328]	Tantow (DE: km 110,095) [DE: Nr 6328]
Szczecin Gumieńce (PL: km 1,119) [PL: Nr 851]	(PL: km 10,069) [PL: Nr 409]	(DE: km 119,585) [DE: Nr 6328]	Tantow (DE: km 110,095) [DE: Nr 6328]
4) Odcinek Kostrzyn – Küstrin-Kietz			
Kostrzyn (PL: km 338,748) [PL: Nr 203]	(PL: km 342,453) [PL: Nr 203]	(DE: km 82,856) [DE: Nr 6078]	Küstrin- Kietz (DE: km 79,951) [DE: Nr 6078]

5) Odcinki Rzepin – Frankfurt (Oder)			
Rzepin (PL: km 460,120) [PL: Nr 3] (PL: km 4,962) [PL: Nr 821]	(PL: km 478,098) [PL: Nr 3]	(DE: km 3,942) [DE: Nr 6155]	Frankfurt (Oder) Personenbahnhof (DE: km 82,180) (DE: km 82,235) (DE: 151,660) (DE: 80,105) (DE: 130,071) [DE: Nr 6155]
Rzepin (PL: km 460,120) [PL: Nr 3] (PL: km 4,962) [PL: Nr 821]	(PL: km 478,098) [PL: Nr 3]	(DE: km 3,942) [DE: Nr 6155]	Oderbrücke (DE: km 1,660) (DE: km 1,626) [DE: Nr 6155]
6) Odcinek Gubin – Guben			
Gubin (PL: km 92,009) [PL: Nr 358]	(PL: km 94,257) [PL: Nr 358]	(DE: km 1,640) [DE: Nr 6206]	Guben (DE: km 127,760) (DE: 210,414) [DE: Nr 6206]
7) Odcinek Tuplice – Forst			
Tuplice (PL: km 373,848) [PL: Nr 14]	(PL: km 389,080) [PL: Nr 14]	(DE: km 23,720) [DE: Nr 6205]	Forst (DE: km 20,872) [DE: Nr 6205]
8) Odcinek Węglińiec – Horka			
Węglińiec (PL: km 0,522) [PL: Nr 295]	(PL: km 13,424) [PL: Nr 295]	(DE: km 13,424) [DE: Nr 6207]	Horka Güterbahnhof (DE: km 22,190) (DE: 0,275) [DE: Nr 6207]
9) Odcinek Zgorzelec – Görlitz			
Zgorzelec (PL: km 200,970) [PL: Nr 274] (PL: km 26,100) [PL: Nr 278]	(PL: km 202,535) [PL: Nr 274]	(DE: km 251,770) [DE: Nr 6211]	Görlitz (DE: km 1,575) (DE: km 208,480) (DE: km 206,956) [DE: Nr 6211]

Oznaczenia:

(PL: km) – kilometraż (wg. PKP PLK S.A.) na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej;

(DE: km) – kilometraż (wg. DB Netz AG) na terytorium Republiki Federalnej Niemiec;

[PL: Nr] – nr linii (wg. PKP PLK S.A.) na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej;

[DE: Nr] – nr linii (wg. DB Netz AG) na terytorium Republiki Federalnej Niemiec.

Załącznik 2
do Umowy
między Republiką Federalną Niemiec
a Rzeczpospolitą Polską
o współpracy w dziedzinie komunikacji kolejowej
przez polsko – niemiecką granicę państwową

Wykaz odcinków linii kolejowych, na których odbywa się tranzyt uprzywilejowany zgodnie z artykułem 9 ustęp 2:

Linia tranzytowa między stacjami (km) [Nr linii]	Odcinek linii (od km ... do km ...) [Nr linii]	Terytorium państwowe PL – Rzeczpospolita Polska DE – Republika Fede- ralna Niemiec
Hagenwerder – (DE: km 23,6) [DE: Nr 6589]	Hagenwerder – (DE: km 23,6) – granica państwa (DE: km 20,958) [DE: Nr 6589] (Ogółem odcinek: DE: km 23,6 – 20,958)	DE
	– granica państwa (PL: km 0,689) [PL: Nr 324] – stacja Ręczyn (odgałęzienie) (PL: km 0,000/km 14,400) [PL: Nr 324/ Nr 290] – stacja Krzewina Zgorzelecka (PL: km 17,5) [PL: Nr 290] – granica państwa – (PL: km 24,674) [PL: Nr 290] (Ogółem odcinek: PL: km 0,689 – 0,000/ km 14,400 – 24,674)	PL
	– granica państwa (DE: km 10,027) [DE: Nr 6589] – obszar Rosenthal – granica państwa – (DE: km 9,768) [DE: Nr 6589] (Ogółem odcinek: DE: km 10,027 – 9,768)	DE
	– granica państwa (PL: km 24,930) [PL: Nr 786] – Trzciniec Zgorzelecki (punkt odgałęźny) (PL: km 26,100/km 0,000) [PL: Nr 786/Nr 348] – granica państwa – (PL: km 0,200) [PL: Nr 348] (Ogółem odcinek: PL: km 24,930 – 26,100/ km 0,000 – 0,200)	PL

– Hirschfelde (DE: km 7,1) [DE: Nr 6589]	– granica państwa (DE: km 8,377) [DE: Nr 6589] – Hirschfelde (DE: km 7,100) [DE: Nr 6589] (Ogółem odcinek: DE: km 8,377 – 7,100)	DE
--	---	----

Oznaczenia:

(PL: km) – kilometraż (wg. PKP PLK S.A.) na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej;

(DE: km) – kilometraż (wg. DB Netz AG) na terytorium Republiki Federalnej Niemiec;

[PL: Nr] – nr linii (wg. PKP PLK S.A.) na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej;

[DE: Nr] – nr linii (wg. DB Netz AG) na terytorium Republiki Federalnej Niemiec.

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Übereinkommens des Europarats
zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung
und sexuellem Missbrauch**

Vom 16. Februar 2016

I.

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 21. Januar 2015 zu dem Übereinkommen des Europarats vom 25. Oktober 2007 zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (BGBl. 2015 II S. 26) wird bekannt gemacht, dass das Übereinkommen nach seinem Artikel 45 Absatz 4 für die

Bundesrepublik Deutschland am 1. März 2016
in Kraft treten wird.

Die deutsche Ratifikationsurkunde ist am 18. November 2015 beim Generalsekretär des Europarats in Straßburg hinterlegt worden.

Bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde hat Deutschland folgende Vorbehalte und eine Erklärung abgegeben:

„Vorbehalt nach Artikel 20 Absatz 3 des Übereinkommens

Gemäß Artikel 20 Absatz 1 des Übereinkommens trifft jede Vertragspartei die erforderlichen gesetzgeberischen oder sonstigen Maßnahmen, um das vorsätzliche und rechtswidrige Herstellen von Kinderpornographie (Buchstabe a) und den vorsätzlichen und rechtswidrigen Besitz von Kinderpornographie (Buchstabe e) als Straftat zu umschreiben. Gemäß Artikel 20 Absatz 2 des Übereinkommens bedeutet Kinderpornographie im Sinne des Artikels 20 des Übereinkommens jedes Material mit der bildlichen Darstellung eines Kindes bei wirklichen oder simulierten eindeutig sexuellen Handlungen oder jede Abbildung der Geschlechtssteile eines Kindes zu vorwiegend sexuellen Zwecken.

In Deutschland sind sexuelle Handlungen mit Personen unter vierzehn Jahren nicht erlaubt. Kinder, die das nach Artikel 18 Absatz 2 des Übereinkommens festgesetzte Alter erreicht haben, sind Personen ab vierzehn Jahren.

Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornographischer Schriften sind in § 184b des Strafgesetzbuches (StGB) geregelt. Dieser bezieht sich auf Personen unter vierzehn Jahren. Verbreitung, Erwerb und Besitz jugendpornographischer Schriften sind in § 184c StGB geregelt. Dieser bezieht sich auf vierzehn, aber noch nicht achtzehn Jahre alte Personen. Simulierte Darstellungen und wirklichkeitsnahe Abbildungen werden nicht von allen Tatvarianten des Besitzens und des Herstellens in §§ 184b, 184c StGB erfasst. Insbesondere wenn sich die Tatvarianten des Besitzens und des Herstellens von Kinder- bzw. Jugendpornographie ohne Verbreitungsabsicht auf simulierte sexuelle Handlungen ohne Einbeziehung „echter“ Kinder bzw. „echter“ Jugendlicher beziehen, lässt sich ein hinreichender Rechtsgutsbezug nicht darstellen. Ein solcher Bezug kann auch bei wirklichkeitsnahen Abbildungen fehlen. Darüber hinaus kann die einvernehmliche Herstellung und damit einhergehend der Besitz von jugendpornographischen Schriften, die ein tatsächliches Geschehen wiedergeben, insbesondere in jugendlichen Paarbeziehungen vorkommen, ohne dass hiermit zwangsläufig eine Rechtsgutsgefährdung einhergeht.

Die Bundesrepublik Deutschland behält sich daher gemäß Artikel 20 Absatz 3 des Übereinkommens das Recht vor, Absatz 1 Buchstaben a und e nicht auf das Herstellen und den Besitz pornographischen Materials anzuwenden,

- das ausschließlich simulierte Darstellungen oder wirklichkeitsnahe Abbildungen eines nicht existierenden Kindes enthält,
- bei dem Kinder dargestellt werden, die das nach Artikel 18 Absatz 2 festgesetzte Alter erreicht haben, wenn diese Bilder von ihnen mit ihrer Zustimmung und allein zu ihrem persönlichen Gebrauch hergestellt worden sind und sich in ihrem Besitz befinden.

Vorbehalt nach Artikel 24 Absatz 3 des Übereinkommens

Gemäß Artikel 24 Absatz 2 des Übereinkommens trifft jede Vertragspartei die erforderlichen gesetzgeberischen oder sonstigen Maßnahmen, um den Versuch der Begehung einer der in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen umschriebenen Straftaten, wenn vorsätzlich begangen, als Straftat zu umschreiben.

Die deutschen Strafvorschriften, mit denen Artikel 20 Absatz 1 Buchstabe b, d, e und f, Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe c, Artikel 22 und Artikel 23 umgesetzt werden, sehen eine Versuchsstrafbarkeit dann nicht vor, wenn die in ihnen beschriebenen Tathandlungen bereits für sich genommen so weit im Vorfeld der eigentlichen Rechtsgutsverletzung ansetzen, dass eine weitere Vorverlagerung der Strafbarkeit im Wege der Versuchsstrafbarkeit nicht angezeigt ist.

Die Bundesrepublik Deutschland behält sich daher gemäß Artikel 24 Absatz 3 des Übereinkommens das Recht vor, Absatz 2 nicht auf die Straftaten nach Artikel 20 Absatz 1 Buchstaben b, d, e und f (Straftaten im Zusammenhang mit Kinderpornographie), Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe c (wissentlicher Besuch pornographischer Darbietungen, an denen Kinder mitwirken), Artikel 22 (Unsittliches Einwirken auf Kinder) und Artikel 23 (Kontaktanbahnung zu Kindern zu sexuellen Zwecken) anzuwenden.

Vorbehalt nach Artikel 25 Absatz 3 des Übereinkommens

Die Bundesrepublik Deutschland behält sich gemäß Art. 25 Absatz 3 des Übereinkommens das Recht vor, eine Gerichtsbarkeit für Auslandsstaten von Personen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland haben (Art. 25 Absatz 1 Buchstabe e), nur unter den Voraussetzungen des § 7 Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuches (StGB) zu begründen.

Das deutsche Strafrecht enthält keine Regelung, die vollständig Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe e umsetzt, also eine Vorschrift, nach der (auch) für Auslandsstaten, die von Ausländern oder Staatenlosen begangen werden, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben, grundsätzlich immer das deutsche Strafrecht gilt. Die in der Praxis wesentlichen Fallgestaltungen dieser Konstellation werden zwar durch § 7 Absatz 2 Nummer 2 StGB abgedeckt, wonach deutsches Strafrecht bei der Auslandsstat eines im Inland angetroffenen Ausländers oder Staatenlosen anwendbar ist, wenn der Täter, obwohl das Auslieferungsgesetz seine Auslieferung nach der Art der Tat zuließe, nicht ausgeliefert wird. Es sind jedoch Ausnahmefälle denkbar, in denen diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

Unter Bezugnahme auf Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens beehre ich mich, für die Bundesrepublik Deutschland folgende Erklärung abzugeben:

Artikel 37 Absatz 2 sieht vor, dass jede Vertragspartei dem Generalsekretär des Europarates bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde Name und Anschrift der für die Datenspeicherung nach Absatz 1 zuständigen nationalen Behörde mitteilt. Die DNA-Analyse-Datei wird beim Bundeskriminalamt geführt (Bundeskriminalamt, 35173 Wiesbaden, Tel. +49 (0)611 55-0, Fax: +49 (0)611 55-12141). Im Übrigen können auf der Grundlage des § 484 Absatz 1 StPO gespeicherte Personendaten bei jeder Strafverfolgungsbehörde gespeichert sein.“

II.

Das Übereinkommen des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch ist ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

Albanien*	am	1. Juli 2010
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Andorra*	am	1. August 2014
nach Maßgabe eines Vorbehalts gemäß Artikel 24 Absatz 3 und einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Belgien*	am	1. Juli 2013
nach Maßgabe eines Vorbehalts gemäß Artikel 24 Absatz 3 und einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Bosnien und Herzegowina*	am	1. März 2013
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Bulgarien*	am	1. April 2012
nach Maßgabe von Vorbehalten gemäß Artikel 20 Absatz 4, Artikel 21 Absatz 2 und Artikel 24 Absatz 3 sowie einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Dänemark*	am	1. Juli 2010
unter Ausschluss der territorialen Anwendbarkeit auf die Färöer und auf Grönland und nach Maßgabe eines Vorbehalts gemäß Artikel 20 Absatz 3 sowie einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Finnland*	am	1. Oktober 2011
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		

Frankreich*	am	1. Januar 2011
nach Maßgabe eines Vorbehalts gemäß Artikel 24 Absatz 3 und einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Georgien*	am	1. Januar 2015
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Griechenland*	am	1. Juli 2010
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Island*	am	1. Januar 2013
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Italien*	am	1. Mai 2013
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Kroatien*	am	1. Januar 2012
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Lettland*	am	1. Dezember 2014
nach Maßgabe eines Vorbehalts gemäß Artikel 25 Absatz 3 und einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Liechtenstein*	am	1. Januar 2016
nach Maßgabe eines Vorbehalts gemäß Artikel 20 Absatz 3 und einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Litauen*	am	1. August 2013
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Luxemburg*	am	1. Januar 2012
nach Maßgabe eines Vorbehalts gemäß Artikel 24 Absatz 3 und einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Malta*	am	1. Januar 2011
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik*	am	1. Oktober 2012
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Moldau, Republik*	am	1. Juli 2012
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 und einer Erklärung zur territorialen Anwendbarkeit des Übereinkommens		
Monaco*	am	1. Februar 2015
nach Maßgabe eines Vorbehalts gemäß Artikel 24 Absatz 3 und einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Montenegro*	am	1. März 2011
nach Maßgabe von Erklärungen gemäß Artikel 18 Absatz 2, Artikel 25 Absatz 3 und Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Niederlande*	am	1. Juli 2010
nur für den europäischen Teil der Niederlande und nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2		
Österreich*	am	1. Juni 2011
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Polen*	am	1. Juni 2015
nach Maßgabe eines Vorbehalts gemäß Artikel 25 Absatz 3 und einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		
Portugal*	am	1. Dezember 2012
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens		

Rumänien*	am 1. September 2011
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens	
Russische Föderation*	am 1. Dezember 2013
nach Maßgabe von Vorbehalten gemäß Artikel 20 Absatz 3 und 4, Artikel 21 Absatz 2, Artikel 24 Absatz 3 und Artikel 25 Absatz 3 und 5 sowie einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens	
San Marino*	am 1. Juli 2010
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens	
Schweden*	am 1. Oktober 2013
nach Maßgabe von Vorbehalten gemäß Artikel 20 Absatz 3 und Artikel 24 Absatz 3 sowie einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens	
Schweiz*	am 1. Juli 2014
nach Maßgabe von Vorbehalten gemäß Artikel 20 Absatz 3, Artikel 24 Absatz 3 und Artikel 25 Absatz 3 sowie einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens	
Serbien*	am 1. November 2010
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens	
Slowenien*	am 1. Januar 2014
nach Maßgabe von Vorbehalten gemäß Artikel 24 Absatz 3 und Artikel 25 Absatz 3 sowie einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens	
Spanien*	am 1. Dezember 2010
nach Maßgabe einer Erklärung zum Status von Gibraltar sowie einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens	
Türkei*	am 1. April 2012
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens	
Ukraine*	am 1. Dezember 2012
nach Maßgabe einer Erklärung zu Artikel 38 Absatz 3 und einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens sowie einer Erklärung zur Anwendbarkeit des Übereinkommens in bestimmten Teilen ihres Staatsgebiets	
Ungarn*	am 1. Dezember 2015
nach Maßgabe von Vorbehalten gemäß Artikel 20 Absatz 3 und 4 und Artikel 25 Absatz 3 sowie einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens	
Zypern*	am 1. Juni 2015
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Übereinkommens.	

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter www.conventions.coe.int einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 16. Februar 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch

**Bekanntmachung
der deutsch-myanmarischen Vereinbarung
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 17. Februar 2016

Die Vereinbarung in der Form eines Notenwechsels vom 6. Mai 2015/18. Juli 2015 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik der Union Myanmar über Finanzielle Zusammenarbeit unter Bezugnahme auf das Abkommen vom 2. April 2015 über Entwicklungszusammenarbeit (BGBl. 2015 II S. 1552, 1553) ist nach ihrer Inkraftretensklausel
am 18. Juli 2015

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 17. Februar 2016

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Brunhilde Vest

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Yangon, 6th May 2015

Exzellenz,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das Abkommen vom 2. April 2015 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik der Union Myanmar über Entwicklungszusammenarbeit sowie auf das Protokoll der Arbeitsgespräche zwischen unseren beiden Regierungen vom 26. Juli 2013 folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Republik der Union Myanmar, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Finanzierungsbeiträge (Zuschüsse) in Höhe von insgesamt 19 300 000 Euro (in Worten: neunzehn Millionen dreihunderttausend Euro) für die folgenden Vorhaben zu erhalten:
 - a) „Programm ländliche Infrastruktur“ bis zu 7 000 000 Euro (in Worten: sieben Millionen Euro), davon für Begleitmaßnahmen bis zu 2 000 000 Euro (in Worten: zwei Millionen Euro),
 - b) „Programm Berufliche Bildung“ bis zu 7 000 000 Euro (in Worten: sieben Millionen Euro), davon für Begleitmaßnahmen bis zu 1 000 000 Euro (in Worten: eine Million Euro),
 - c) „Nachhaltige Finanzierung von Kleinstunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen“ bis zu 5 300 000 Euro (in Worten: fünf Millionen dreihunderttausend Euro), davon für Begleitmaßnahmen bis zu 2 000 000 Euro (in Worten: zwei Millionen Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist.

2. Die unter Nummer 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik der Union Myanmar durch andere Vorhaben ersetzt werden.
3. Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik der Union Myanmar zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der unter Nummer 1 genannten Vorhaben oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der unter Nummer 1 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet diese Vereinbarung Anwendung.
4. Die Zusage der unter Nummer 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von sieben Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2020.
5. Die folgenden aus früheren Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik der Union Myanmar vorgesehenen Finanzierungsbeiträge aus Zusagen vor 1988 werden wie folgt auf die unter Nummer 1 erwähnten Vorhaben reprogrammiert, wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist:
 - a) auf das „Programm ländliche Infrastruktur“,
 - 5 000 000 Euro (in Worten: fünf Millionen Euro) aus Zuschüssen des Vorhabens „Sektorbezogenes Programm Industrie I“,
 - für die Begleitmaßnahme:
 - aa) 703 232 Euro (in Worten: siebenhundertdreitausend zweihundertzweiunddreißig Euro) aus Darlehen des Vorhabens „Düngemittelfabrik 3“,
 - bb) 95 566,30 Euro (in Worten: fünfundneunzigtausend fünfhundertsechundsechzig Euro dreißeig Cent) aus Darlehen des Vorhabens „Wasserkraftwerk Nyaunggyat“,
 - cc) 1 201 201,70 Euro (in Worten: eine Million zweihunderteintausend zweihundertein Euro siebenzig Cent) aus Darlehen des Vorhabens „Stromübertragungsprojekt“.
 - b) auf das „Programm Berufliche Bildung“
 - 6 000 000 Euro (in Worten: sechs Millionen Euro) aus Zuschüssen des Vorhabens „Sektorbezogenes Programm Energie I“,
 - für die Begleitmaßnahme 1 000 000 Euro (in Worten: eine Million Euro) aus Darlehen des Vorhabens „Genossenschaftliche Ölmühle Katha“.
 - c) auf „Nachhaltige Finanzierung von Kleinstunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen“,
 - 3 300 000 Euro (in Worten: drei Millionen dreihunderttausend Euro) aus Zuschüssen des Vorhabens „Sektorbezogenes Programm Industrie I“,
 - für die Begleitmaßnahme:

- aa) 678 139,74 Euro (in Worten: sechshundertachtundsiebzigtausend einhundertneununddreißig Euro vierundsiebzig Cent) aus Darlehen des Vorhabens „Stromübertragungsprojekt“,
 - bb) 318 546,55 Euro (in Worten: dreihundertachtzehntausend fünfhundertsechsendvierzig Euro fünfundfünfzig Cent) aus Darlehen des Vorhabens „Rangierlokomotiven“,
 - cc) 1 003 313,71 Euro (in Worten: eine Million dreitausend dreihundertdreizehn Euro einundsiebzig Cent) aus Darlehen des Vorhabens „Genossenschaftliche Ölmühle Katha“.
6. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des eingangs erwähnten Abkommens vom 2. April 2015 zwischen unseren beiden Regierungen über Entwicklungszusammenarbeit auch für diese Vereinbarung.
 7. Die Registrierung dieser Vereinbarung beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.
 8. Diese Vereinbarung wird in deutscher und englischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Republik der Union Myanmar mit den unter den Nummern 1 bis 8 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

gez.
Weber-Lortsch

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Republik der Union Myanmar
Herrn Wunna Maung Lwin
Nay Pyi Taw

Kopie:
Ministerium für Planung und wirtschaftliche Entwicklung
der Republik der Union Myanmar
Foreign Economic Relations Abteilung
Nay Pyi Taw

**Bekanntmachung
des deutsch-kosovarischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 24. Februar 2016

Das in Pristina am 15. Dezember 2015 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kosovo über Finanzielle Zusammenarbeit 2015 („Zuschussvorhaben“) ist nach seinem Artikel 5

am 14. Januar 2016

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 24. Februar 2016

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Heike Backofen-Warnecke

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Kosovo
über Finanzielle Zusammenarbeit 2015
(„Zuschussvorhaben“)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Republik Kosovo –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kosovo,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Kosovo beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll vom 27. Mai 2015 über die Ergebnisse der Regierungskonsultationen vom 22. Mai 2015 sowie die Zusage der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland vom 29. Juni 2015 (Verbalnote Nr. 89/2015) –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Kosovo, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt am Main, Finanzierungsbeiträge von insgesamt 17 000 000 Euro (in Worten: siebzehn Millionen Euro) zu erhalten für die Vorhaben

1. „Energiesektorprogramm VIII – Verbesserung des Fernwärmesystems in Pristina“, bis zu 5 000 000 Euro (in Worten: fünf Millionen Euro),
2. „Abwasserentsorgung Südwest Kosovo, Phase V“, bis zu 8 000 000 Euro (in Worten: acht Millionen Euro),

3. „Abfallwirtschaftsprogramm“, bis zu 4 000 000 Euro (in Worten: vier Millionen Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kosovo durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Kosovo zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb von sieben Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2022.

(3) Die Regierung der Republik Kosovo wird, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Kosovo stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Republik Kosovo erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Kosovo überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsun-

ternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Republik Kosovo der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Geschehen zu Pristina am 15. Dezember 2015 in zwei Urschriften, jede in deutscher, albanischer, serbischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen, albanischen und serbischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

A. Viets

Für die Regierung der Republik Kosovo

Avdullah Hoti

**Bekanntmachung
des deutsch-palästinensischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit
und Entwicklungszusammenarbeit**

Vom 25. Februar 2016

Das in Ramallah am 4. Februar 2016 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Palästinensischen Befreiungsorganisation zugunsten des Ministeriums der Finanzen, des Ministeriums für Planung und Verwaltungsentwicklung, des Ministeriums für Kommunalverwaltung und des Ministeriums für Bildung und Hochschulwesen über Finanzielle Zusammenarbeit 2013 und 2014 und Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Sonderinitiative „Stabilisierung Nordafrika und Naher Osten“ ist nach seinem Artikel 6

am 4. Februar 2016

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 25. Februar 2016

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Christine Toetzke

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Palästinensischen Befreiungsorganisation
zugunsten des Ministeriums der Finanzen,
des Ministeriums für Planung und Verwaltungsentwicklung,
des Ministeriums für Kommunalverwaltung
und des Ministeriums für Bildung und Hochschulwesen
über Finanzielle Zusammenarbeit 2013 und 2014
und Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Sonderinitiative
„Stabilisierung Nordafrika und Naher Osten“

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Palästinensische Befreiungsorganisation
 zugunsten des Ministeriums der Finanzen,
 des Ministeriums für Planung und Verwaltungsentwicklung,
 des Ministeriums für Kommunalverwaltung
 und des Ministeriums für Bildung und Hochschulwesen –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Palästinensischen Befreiungsorganisation zugunsten der oben genannten Ministerien,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Palästinensischen Gebiet beizutragen,

in Bekräftigung ihres Eintretens für die gemeinsame Vision eines Palästinensischen Staates, eingebettet in eine Zweistaatenlösung als Ergebnis von Verhandlungen über den endgültigen Status,

unter Bezugnahme auf die Verbalnote Nummer 90/2013 vom 17. Dezember 2013 und das Protokoll der Verhandlungen über deutsch-palästinensische Entwicklungszusammenarbeit vom 20. November 2014 in Ramallah –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Palästinensischen Befreiungsorganisation zugunsten der oben genannten Ministerien oder anderen auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) folgende Beträge zu erhalten:

1. einen Finanzierungsbeitrag für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung folgenden Vorhabens:
 „Abwasserentsorgung Gaza Mitte – Begleitmaßnahme“ bis zu 1 Million Euro;
2. Finanzierungsbeiträge von insgesamt 56 Millionen Euro für die Vorhaben:
 - a) „Industriepark Jenin II“ bis zu 5 Millionen Euro,
 - b) „Wiederaufbauhilfe Wasser und Abwasser Gaza“ bis zu 9 Millionen Euro,
 - c) „Abwasserentsorgung Salfeet“ bis zu 7 500 000 Euro,

d) „Abwasserentsorgung Nablus West/Wadi Zaimar“ bis zu 7 500 000 Euro,

e) „Kommunalentwicklungsprogramm VII (MDLF VII)“ bis zu 22 Millionen Euro,

f) „Gaza Wiederaufbau - Zusatzfinanzierung zum Kommunalentwicklungsprogramm VI (MDLF VI)“ bis zu 5 Millionen Euro,

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass sie als Maßnahmen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen, selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder Vorhaben der sozialen Infrastruktur oder des Umweltschutzes die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen;

3. einen Finanzierungsbeitrag im Rahmen der Sonderinitiative „Stabilisierung Nordafrika und Naher Osten“ für das Vorhaben:

„Mehr Jobchancen für palästinensische Jugendliche“ von bis zu 5 Millionen Euro.

Diese Mittel müssen bis zum 31. Dezember 2017 vollständig verausgabt sein. Bis dahin nicht verausgabte Mittel verfallen ersatzlos.

(2) Die in Absatz 1 Nummern 1 und 2 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Palästinensischen Befreiungsorganisation zugunsten der oben genannten Ministerien durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird ein in Absatz 1 Nummer 2 bezeichnetes Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Frau dient, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag gewährt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Palästinensischen Befreiungsorganisation zugunsten der oben genannten Ministerien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 Nummer 2 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schlie-

Benden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Nummern 1 und 2 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von sieben Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für den Betrag unter Nummer 2 Buchstabe a endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2020, für die Beträge unter Nummer 1 und Nummer 2 Buchstaben b bis f mit Ablauf des 31. Dezember 2021.

(3) Die Palästinensische Befreiungsorganisation zugunsten der oben genannten Ministerien, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Artikel 3

Die Palästinensische Befreiungsorganisation zugunsten der oben genannten Ministerien stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge im Palästinensischen Gebiet erhoben werden.

Artikel 4

Die Palästinensische Befreiungsorganisation zugunsten der oben genannten Ministerien überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den

Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Der im Abkommen vom 20. November 2007 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Palästinensischen Befreiungsorganisation zugunsten der Palästinensischen Behörde über Finanzielle Zusammenarbeit 2006 für das Vorhaben „Studien- und Fachkräftefonds VII“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag bis zu 1 500 000 Euro wird reprogrammiert und wie folgt verwendet:

a) mit einem Betrag von 500 000 Euro zusätzlich für das in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 genannte Vorhaben „Abwasserentsorgung Gaza Mitte – Begleitmaßnahme“

und

b) mit einem Betrag von 1 Million Euro zusätzlich für das in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe d genannte Vorhaben „Abwasserentsorgung Nablus West/Wadi Zaimar“,

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Ramallah am 4. Februar 2016 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Peter Beerwerth

Für die Palästinensische Befreiungsorganisation
zugunsten der oben genannten Ministerien
Dr. Riyad al-Malki

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Postanschrift: 11015 Berlin

Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz

Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II

Postanschrift: 53094 Bonn

Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn

Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH

Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 63,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 4,85 € (3,80 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels

Vom 8. März 2016

Das Übereinkommen des Europarats vom 16. Mai 2005 zur Bekämpfung des Menschenhandels (BGBl. 2012 II S. 1107, 1108) wird nach seinem Artikel 42 Absatz 4 für

Liechtenstein am 1. Mai 2016
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 2. Februar 2016 (BGBl. II S. 236).

Berlin, den 8. März 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector